

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is centered behind the title.

Kontinuität versus ?

US-Außenpolitik nach der Wahl

JASON BRUDER

Oktober 2016

- Donald Trumps Aufstieg wurde durch den Frust und Ärger der amerikanischen Bürger begünstigt. Es herrscht ein greifbares Gefühl der ökonomischen und physischen Unsicherheit samt der Überzeugung, dass das System gegen einfache Bürger arbeitet.
- Hillary Clintons Erfahrungen und ihr Status als Teil des politischen Establishments stellen bei einer Wahl, in der das Volk den Eliten einen Denkkzettel verpassen will, eine Belastung dar, was so nicht erwartet wurde. Die politische Linke ist in Bezug auf die Regierungszeit ihres Ehemannes in den 1990er Jahren skeptisch und es ist nicht klar, inwieweit sie sich für ihre Agenda einsetzen wird.
- Trumps Positionen sind vage und wechselhaft, wobei er angedeutet hat, mit der seit Jahrzehnten verfolgten außenpolitischen Linie gegenüber Europa zu brechen, während Clinton voraussichtlich den traditionellen Ansatz beibehalten und versuchen wird, wieder in bestehende Beziehungen zu investieren, unter anderem mit Deutschland.

Angst und Wut durchziehen den sich scheinbar endlos hinziehenden Wahlkampf 2016 mit einem am Ende wohl unbefriedigenden Ausgang für eine politikverdrossene Nation. Zwar profitierten die zunächst chancenlosen Außenseiter Donald Trump und Bernie Sanders von der enormen öffentlichen Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik. Dennoch wird mit Hillary Clinton wahrscheinlich eine Führungspersönlichkeit des politischen Establishments das Rennen machen. Welche Faktoren haben in diese Lage geführt, was ist vom weiteren Verlauf des Wahlkampfes zu erwarten und mit welchen Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen ist zu rechnen? Europa und europäische Themen haben in diesem Wahlkampf eine größere Rolle gespielt als in jeder anderen amerikanischen Wahl seit dem Kalten Krieg. Die Unzufriedenheit der amerikanischen Wähler lässt überdies Vergleiche mit den jüngsten Entwicklungen in europäischen Demokratien zu.

Mit negativen Bewertungen von 63 Prozent (Trump) und 56 Prozent (Clinton) in Umfragen sind Trump und Clinton die unbeliebtesten Präsidentschaftskandidaten der letzten 30 Jahre.¹ Darin spiegeln sich sowohl die unerbittliche Berichterstattung der Medien als auch ihre ganz persönlichen Schwächen als Kandidaten wider. Dabei ist die amerikanische Wählerschaft stärker polarisiert als je zuvor: Im Juni stellte das Pew Research Center fest, dass die Mehrheit in beiden Parteien nicht nur eine negative, sondern eine äußerst negative Meinung von der jeweils anderen Partei haben.²

Zwei Monate vor der Wahl erwägen 20 Prozent der Wähler, Kandidaten kleinerer Parteien zu wählen oder sind noch unentschieden. Dies zeigt, dass bezüglich der Kandidaten der beiden großen Parteien eine große Ambivalenz besteht. In Befragungen antworten Menschen aus dem linken und dem rechten Spektrum gleichermaßen, dass sie das »kleinere von zwei Übeln« wählen werden.

Seit 2010 steigt die Kritik der Amerikaner am politischen Establishment und es ist eine Verschiebung von der politischen Mitte hin zu den Rändern zu beobachten – ein Trend, der vergleichbar ist mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland, UKIPs und des Front National. Aufgrund der strukturellen Dominanz der beiden großen

Parteien wird diese Unzufriedenheit in den USA vor allem in den Vorwahlen sichtbar, während sie sich in europäischen Mehrparteiensystemen in der Abwanderung einer großen Zahl von Wählern zu Randparteien äußert.

Die Verunsicherung der amerikanischen Wähler lässt sich auf zwei Ursachen zurückführen: Einerseits die wirtschaftliche Unsicherheit durch technologiebedingten Wegfall von Arbeitsplätzen, zunehmenden globalen Wettbewerb und die Grenzen des neoliberalen Wirtschaftsmodells der 1990er-Jahre. Es ist zunehmend gesellschaftlicher Konsens, dass die Konsolidierung des Reichtums in den Händen weniger zu einer Konzentration politischer Macht führt und zu einem System, das immer stärker auf die Interessen der Reichen ausgerichtet ist – zum Nachteil der breiten Öffentlichkeit. Zwar ist dies schon seit 30 Jahren der Fall, doch die Finanzkrise im Jahr 2008 und ihre verheerenden Auswirkungen wirkten als Katalysator für den öffentlichen Unmut.

Die zweite Ursache ist die Frage von persönlicher Sicherheit angesichts von Terrorismus wie den Anschlägen in San Bernardino im Dezember 2015 und in Orlando im Juni 2016. Die erstarkende Wirtschaft nach dem Beinahe-Kollaps 2008 und die bisher erfolgreiche Verteidigung des Landes konnten die Ängste vieler Amerikaner nicht ausräumen.

1. Die Rebellen

Die Demokraten konnten bei fünf der letzten sechs Präsidentschaftswahlen mehr Stimmen auf sich vereinen als die Republikaner. Die demografische Entwicklung spielt den Linken in die Hände. Mit dem zunehmenden politischen Engagement von Frauen und einer steigenden Anzahl nicht-weißer, junger Wähler wachsen zwei Gruppen, die den Demokraten zuneigen.³ Diese potenzielle Stärke der Partei in Präsidentschaftswahlen konnte die Partei jedoch bislang nicht auf die Wahlen zum Kongress und die lokale Ebene übertragen. Die Gründe hierfür sind folgende:

Nach ihrer Niederlage im Jahr 2012 gaben die Republikaner einen »Autopsie«-Bericht in Auftrag, der zu dem Schluss kam, dass eine radikale Neuausrichtung der Par-

1. <http://abcnews.go.com/Politics/poll-clinton-unpopularity-high-par-trump/story?id=41752050>

2. <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/06/22/key-facts-partisanship/>

3. <http://www.people-press.org/2015/04/07/a-deep-dive-into-party-affiliation/>

tei notwendig sei: Zukünftig sollten gezielt Frauen, Angehörige ethnischer Minderheiten und junge Menschen angesprochen werden.⁴ Abgesehen von dieser Diversifizierung der Wählerbasis stand die Partei aber noch anderen Herausforderungen gegenüber: Lange hatte sich der Regierungsansatz der Partei stark an den Kernelementen des Wahlkampfes von Ronald Reagan 1980 orientiert: Steuererleichterungen für die Wohlhabenden, Deregulierung der Wirtschaft, offensive Militärfinanzierung und traditionelle Werte. Mit den Vorstellungen und Sorgen der Wähler von heute haben diese Forderungen nur noch wenig gemein. Tief im amerikanischen Kernland bestand zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 daher ein tiefes Bedürfnis nach Veränderung.

Donald Trump, dessen kontroverse Rhetorik in keiner Weise die in der Autopsie von 2012 identifizierten Zielwählerschaften erreicht, kann dennoch Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen für sich begeistern, womit er mit den ideologisch eng an der Parteilinie ausgerichteten, republikanischen Kandidaten der letzten Wahlen bricht und auf die Zustimmung vieler republikanischer und unabhängiger Wähler trifft. Trumps politische Positionen sind oft wechselhaft; seine Plattitüden können auf die unterschiedlichsten Weisen interpretiert werden. Seit Ronald Reagan ist dies keinem der republikanischen Kandidaten in ähnlicher Weise gelungen. Trumps Unterstützer können sich auf seine emphatische Ablehnung wie auch Befürwortung der Abtreibung berufen, auf seine mit Nachdruck geäußerte Zustimmung zu Besteuerung und gleichzeitig Entlastung der reichsten Amerikaner, auf seine Kritik an militärischen Abenteuern oder an der Obama-Regierung, der er vorgeworfen hat, im Kampf gegen den Terror nicht brutal genug vorzugehen.

Trumps beißender Humor und seine Fähigkeit, sich zu vermarkten, haben in der gesamten, von wirtschaftlicher Unsicherheit geprägten Gesellschaft einen Nerv getroffen und Stimmung gegen illegale Immigration geschürt. Der Vergleich mit der Situation in Europa liegt nahe, wobei der wesentliche Unterschied darin besteht, dass die europäischen Länder derzeit mit einer akuten Flüchtlingskrise konfrontiert sind, während sich in den USA im Verlauf einer Generation elf Millionen illegale Einwanderer angesiedelt haben. Die Terrorangriffe in Paris,

Brüssel, San Bernardino und Nizza haben Donald Trumps Argument zu bekräftigt, dass illegale Einwanderer eine Gefahr für die persönliche Sicherheit der US-Bürger darstellen. Er hat außerdem diese Gelegenheiten genutzt, ein Einreiseverbot für Muslime anzudrohen – was bei vielen verängstigten Amerikanern Zustimmung findet, selbst wenn einige der Terroristen amerikanische beziehungsweise europäische Staatsbürger waren. Wiederholt hat er die Situation in Europa und Bilder von Flüchtlingen oder Terroristen heraufbeschworen, um das bestehende Gefühl der Unsicherheit im Land noch zu verstärken. Er verspricht drastische Maßnahmen, die, obgleich unrealistisch, die Zustimmung seiner Anhänger finden.

Auch bei den Demokraten gab es einen Überraschungskandidaten: Bernie Sanders, der sich selbst als Sozialdemokrat sieht und mit Vermont einen sehr kleinen und progressiven Bundesstaat vertritt, in dem er sehr populär ist und in dem die Menschen der Sozialdemokratie offener gegenüberstehen als in anderen Teilen des Landes. Sanders machte sich die Frustration politisch aktiver Wähler links der Demokratischen Partei zunutze, die Obamas Wahl enthusiastisch unterstützt haben und sich sozial gerechtere Lösungen für das Problem der Einkommensungleichheit wünschen. Trumps Antwort auf die Ängste der Nation ist der Stopp der illegalen Einwanderung, Sanders Antwort war, die Wall Street zu stoppen.

Insider waren von Sanders' Niederlage bei den Vorwahlen der Demokraten nicht überrascht, sondern vielmehr erstaunt wie gut er abschnitt, obwohl fast alle Funktionäre der Partei seine Gegnerin unterstützten. In Washington ist man sich einig, dass Sanders' Kandidatur Hillary Clinton nach links gerückt hat. Es lässt sich argumentieren, dass Sanders Clinton einen großen Dienst erwiesen hat, da die Demokraten seit den 1990ern bei der organisierten Arbeiterschaft und den Arbeiternehmern einen großen Teil ihrer Glaubwürdigkeit eingebüßt haben. Sanders' Unterstützer glauben, dass sich die Demokratische Partei auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene neu erfinden kann, wenn es ihr gelingt, ihre Bindung zur Arbeiterklasse wieder herzustellen und für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen – genau so, wie es auch viele in der deutschen SPD zu glauben scheinen.

Seit sie von den Demokraten nominiert wurde, hat Hillary Clinton viele damit überrascht, dass sie einen großen Teil der progressiven Agenda befürwortet, die Sanders bei den Vorwahlen zu Popularität verholfen hatten – ein-

4. Der Bericht kann hier abgerufen werden: <http://apps.washingtonpost.com/g/documents/politics/republican-national-committees-growth-and-opportunity-project-report/380/>

schließlich der Ablehnung des geplanten transpazifischen Freihandelsabkommens. Das Verhältnis der Linken zur Politik ihres Ehemannes Bill Clinton (1993–2001) ist kompliziert, es ähnelt dem der deutschen Linken zu Gerhard Schröder – zu freundlich zu großen Unternehmen und zu bereitwillig, in Fragen der sozialen Gerechtigkeit klein beizugeben. Hillary Clintons eigene Verbindungen zur Wall Street und die Beschuldigungen im Zusammenhang mit der Clinton Foundation sind für viele ein Grund zur Beunruhigung. Es wird befürchtet, dass sie zu sehr Teil der Elite ist, gegen die sie vorgehen soll. Jahrzehntlang wurde Clinton von den Konservativen als ehrgeizige, radikale Linke verschmäht, während die Progressiven jetzt befürchten, dass sie weder radikal noch ehrgeizig genug ist. Sie versucht, moderaten Republikanern die Hand zu reichen, es ist jedoch unklar, ob sich diese Strategie für sie mehr auszahlt als für Obama.

Hillary Clinton hat ihr großes politisches Talent bewiesen, indem sie sich hinter den Kulissen Unterstützung für ihre Kandidatur gesichert, Gegner aus dem Konzept gebracht und die Opposition lange vor Beginn des Wahlkampfs neutralisiert hat. Sie war nicht unvermeidbar – sie hat sichergestellt, dass sie es wurde. Aber sie ist eine Kandidatin mit Schwächen. Sie steht seit langer Zeit in der Öffentlichkeit und repräsentiert eine längst vergangene Ära. Zudem haben ihr Umgang mit dem Email-Skandal und die Fragen zu ihrer Stiftung ihrer Familie den unauslöschlichen Eindruck hinterlassen, dass sie den Bezug zu den Belangen der Durchschnittsamerikaner komplett verloren hat und es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt. Die Tatsache, dass sie die erste Frau ist, die sich um das Präsidentenamt bewirbt, hat vermutlich zur Opposition durch einige frauenfeindliche Kräfte geführt – was in den Umfragen jedoch kaum zu erfassen sein dürfte. Ihr größter Vorteil ist, dass Trump sich mit seinen eigenen Aussagen immer wieder selbst in Frage stellt. Wenn sie in diesem gegen das Establishment gerichteten Klima gegen einen traditionelleren Gegner antreten müsste, würde sich Hillary Clinton wohl in einer deutlich schwierigeren Position befinden.

Während des langen Vorwahlzeitraums zeigten sich die führenden Köpfe beider Parteien in Washington schockiert darüber, dass die Wähler sich nicht einfach den von ihnen aufgestellten Kandidaten anschlossen. Ihre Reaktion bekräftigte den Verdacht der Wähler von Trump und Sanders, dass das System gegen den Willen des Volkes und zugunsten der politischen Nachkommen

der Bush- und Clinton-Dynastien arbeitet. Dies verheißt nichts Gutes für die Zukunft.

2. Auswirkungen auf die Außenpolitik

Sollte Hillary Clinton die Wahl gewinnen, wird ihre Regierung in Bezug auf viele Bereiche der Politik eine große Kontinuität mit der Vorgängerregierung aufweisen, allerdings nicht im Bereich der Außenpolitik. Obama hat mehr strategische Geduld und militärische Zurückhaltung bewiesen als seine Vorgänger im Amt, obwohl er zwei Kriege geerbt hat. Das hat ihm konstante Kritik seitens der Befürworter einer harten Außenpolitik aus dem Establishment in Washington eingebracht. Hillary Clinton verfolgt einen wesentlich traditionelleren Ansatz im Hinblick auf das Auftreten der USA als außenpolitische Macht. Angesichts der schwerwiegenden Anschuldigungen, dass russische Hacker den Wahlkampf zu ihren Ungunsten beeinflussen wollten, ist kaum vorstellbar, dass sie unter den gegenwärtigen Umständen politisches Kapital in eine Annäherung mit Russland investieren würde. Dennoch mag es zu Versuchen kommen, Vereinbarungen mit Russland zu treffen, die für beide Seiten nutzbringend sind, so wie Außenminister Kerrys Bemühungen im Syrienkonflikt. Seit die Möglichkeit im Raum steht, dass Russland den Wahlausgang beeinflusst, wird das Land von vielen in Washington wieder als reale Bedrohung wahrgenommen.

Zugleich ist anzunehmen, dass eine von Clinton geführte Regierung Europa im Allgemeinen mehr Aufmerksamkeit widmen würde als die ihres Vorgängers. Einige der Personen, die in Washington als potenzielle Außenminister gehandelt werden – darunter Bill Burns (ehemaliger Botschafter in Russland), Nick Burns (ehemaliger Botschafter in Griechenland) und Admiral James Stavridis (ehemaliger NATO Supreme Allied Commander) – haben langjährige Verbindungen nach Europa, während Wendy Sherman (ehemalige stellvertretende Außenministerin) umfassende europäische Erfahrungen im Zuge der erfolgreichen Atomverhandlungen mit dem Iran gesammelt hat. Die ehemalige stellvertretende US-Verteidigungsministerin Michelle Flournoy, von vielen als Verteidigungsministerin einer Clinton-Regierung favorisiert, beschäftigt sich seit langem mit der Politik der NATO. All diese potenziellen Kabinettsmitglieder würden sich voraussichtlich weiterhin bemühen, die Beziehungen zu den östlichen NATO-Mitgliedsstaaten zu vertiefen und abzusichern.

Victoria Nuland, derzeit als Assistant Secretary of State für Europa zuständig, ist eine Berufsdiplomatin und war Clintons Sprecherin im US-Außenministerium. Man munkelt, dass Clinton ihr wohlgesonnen sei, und so könnte auch sie eine wichtige Rolle in einer von Clinton geführten Regierung spielen.

Als Präsidentin würde Clinton nach Wegen suchen, die Stärke und Integrität der Europäischen Union zu bewahren und im Rahmen der allgemeinen Tendenz der letzten Jahre eng mit Deutschland zusammenarbeiten. Clinton hat alle überrascht, als sie sich gegen das Freihandelsabkommen im Pazifikraum aussprach, zu TTIP nimmt sie jedoch eine weniger klare Haltung ein. Eine solide Partnerschaft zwischen Clinton und Merkel und hervorragende Beziehungen der Mitglieder ihres Kabinetts mit den Kollegen in Deutschland sind leicht vorstellbar. Die unerbittlichen Nachforschungen, die über Clintons Privatleben und ihre E-Mails angestellt wurden, könnten zudem dazu führen, dass sie transatlantischen Diskussionen zum Thema Datenschutz gegenüber offener ist.

Es ist allerdings nicht völlig ausgeschlossen, dass Donald Trump am Ende dieses erratisch geführten Wahlkampfes, in dem er immer wieder Erwartungen übertroffen hat, als Sieger hervorgeht. Seine ersten außenpolitischen Schachzüge bestanden darin, die Intervention der Bush-Regierung im Irak zu verurteilen und eine Außenpolitik zu fordern, die stärker auf nationalen Interessen als auf Idealismus basiert – sehr interessante Ansätze, die eine grundlegende Debatte in Aussicht stellten. Die außenpolitischen Kreise der USA spalten sich parteiübergreifend in zwei Lager, den »Internationalisten« und den »Realisten«. Es gibt sehr unterschiedliche Internationalisten, die von Anhängern des Neokonservatismus à la George W. Bush bis hin zu Vertretern des liberalen humanitären Interventionismus der Präsidentschaft Bill Clintons reichen. Die Realisten sind in der Minderheit, die besten Beispiele für ihren Ansatz sind die Öffnung nach China und die Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion während der Amtszeit von Richard Nixon. Es war also kein Zufall, dass Trump seine Rede zur Außenpolitik am *Center for the National Interest* hielt, welches vom ehemaligen Präsidenten Nixon gegründet wurde und als Festung der Realisten gilt. Enthüllungen über Geschäftsbeziehungen seines Wahlkampfberaters zu Verbündeten von Wladimir Putin und seine unglaubliche Einladung an Russland, in den Wahlkampf seiner Gegnerin durch Hacker-Angriffe einzugreifen, erstickten jedoch

alle aufkeimenden Versuche, einen alternativen Ansatz zu präsentieren.

Die Entwicklung des außenpolitischen Ansatzes von Trump hat überparteilich etablierte Außenpolitiker sowohl der Republikaner als auch der Demokraten entsetzt. Trump hat sich in der Immigrations- und Terrorisimusdebatte wiederholt auf Europa berufen und die Angriffe in Paris und Brüssel dafür genutzt, seine Argumente für eine restriktive Einwanderungspolitik zu untermauern. Er hat unverhohlene Freude über den Ausgang des EU-Austritts-Referendums in Großbritannien gezeigt und sich sogar selbst als „Mr. Brexit“ bezeichnet, wohl um sich als überzeugter Nationalist zu positionieren und seine Bereitschaft zu zeigen, die bestehende Ordnung zu erschüttern. Seine Ankündigung, die NATO-Partner, deren Militärausgaben nicht den Zielvorgaben der NATO entsprechen, im Ernstfall nicht zu unterstützen, löste Entsetzen unter Experten aus.

Trumps Lager hat sich im Wahlkampf nicht gerade durch außenpolitische Kompetenz hervorgetan. Die wenigen Wahlkampfmitarbeiter, die über außenpolitische Erfahrung verfügen, scheinen in erster Linie eher aus der Welt der Beratungsfirmen zu kommen. In Washington lassen republikanische Experten im Bereich der nationalen Sicherheit keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie eher mit Clintons als mit Trumps Ansichten sympathisieren. Darüber hinaus haben viele hochrangige Republikaner Abstand von Trumps Kampagne genommen – ein Beweis für ihr Unbehagen mit seiner Kandidatur.

3. Aussichten

Die Demokraten könnten den Senat knapp gewinnen, doch es wird eng und sie hätten viel besser abschneiden können. Ein Sieg im Senat ist für Clintons Agenda vor allem im Hinblick auf die Außenpolitik entscheidend. Derzeit verfügen die Republikaner im Senat über 54 und die Demokraten über 44 Sitze (zudem gibt es zwei unabhängige Senatoren, die meist mit den Demokraten abstimmen). Die aktuell zur Wahl stehenden 34 Senatorensitze standen 2010 das letzte Mal auf dem Stimmtzettel, was für die Republikaner ein sehr gutes Jahr war, sodass sie momentan mehr Sitze verteidigen müssen. Sollte Trump in den Umfragen weiterhin hinterherhinken, könnten ihn republikanische Kandidaten bei den Wahlen zum Kongress fallenlassen und sich gegenüber

all denen, die Clinton nur widerwillig wählen würden, als Alternative und Gegengewicht zu Clinton präsentieren. Dies würde zwar den gegenwärtigen Stillstand in der Regierungspolitik noch zementieren, doch ein solches Szenario ist durchaus möglich.

Doch selbst wenn Clinton einen überragenden Sieg davonträgt und es den Demokraten gelingt, wieder die Mehrheit im Senat zu stellen, ist es unwahrscheinlich, dass die Republikaner die Kontrolle über das Repräsentantenhaus verlieren. Die Sitze im Repräsentantenhaus werden im Verhältnis zur Bevölkerung an die Bundesstaaten verteilt, wobei als Grundlage eine alle zehn Jahre durchgeführte Volkszählung dient. Diese Wahlkreiseinteilung, auch „Gerrymandering« genannt, hat keinen guten Ruf, da sie stets die Partei begünstigt, die gerade an der Macht ist. Derzeit sind 247 Republikaner und 186 Demokraten im Repräsentantenhaus vertreten und obwohl die Abgeordneten jeweils für zwei Jahre gewählt werden, gelten bei dieser Wahl nur etwa 50 Sitze als umkämpft. Die Demokraten müssen 30 davon für sich gewinnen, um eine Mehrheit zu erzielen. In diesem Kontext ist Donald Trumps offene Kritik an Paul Ryan, dem republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses, bemerkenswert, denn es ist sehr wahrscheinlich, dass die Republikaner die Mehrheit dort halten werden und Ryan im Amt bleiben kann.

Das amerikanische Wahlvolk sehnt sich verzweifelt nach Veränderung. Dies hat den Aufstieg eines politischen Außenseiters ermöglicht. Sollte der Outsider-Kandidat der Insider-Kandidatin unterliegen, dann wohl hauptsächlich deshalb, weil seine unbeherrschten Äußerungen zur Innen- und Außenpolitik viele Amerikaner davon überzeugt haben, dass ein solcher Präsident eine Gefahr darstellt. Doch selbst wenn Trump besiegt wird, ist nicht davon auszugehen, dass er sang- und klanglos von der Bühne verschwinden wird. Es gibt bereits Gerüchte, denen zufolge er plant, Rupert Murdochs Fox-Imperium mit einem neuen rechtsgerichteten Medienkonglomerat Konkurrenz zu machen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit Trump auch in Zukunft Zuspruch im rechten Lager findet und inwiefern er die Republikanische Partei für immer verändert hat.

Der siegreiche Kandidat wird entscheiden müssen, ob er – oder sie – sich der gewaltigen Aufgabe stellen wird, sich mit den existenziellen Zukunftsängsten der Amerikaner auseinanderzusetzen. Beide Kandidaten haben

das Thema der wirtschaftlichen Unsicherheit zu einem zentralen Element ihres Wahlkampfes gemacht. Erfolg oder Misserfolg gegenüber dieser Herausforderung, die nicht von selbst verschwinden wird, könnte bestimmen, ob der nächste Wahlkampf noch unbeständiger und diffamierender geführt wird.

Die führenden politischen Köpfe in Europa und in den USA brauchen neue Ansätze und den politischen Willen, in Zeiten des Wandels und einer konjunkturell schwierigen Situation mit unzufriedenen Wählern umzugehen. Europäische und US-amerikanische Politiker sehen sich im Detail zwar mit anderen Herausforderungen konfrontiert, doch eine Aufgabe hat für alle Vorrang: Demokratische Regierungen an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen, ohne dass die Glaubwürdigkeit ihrer Institutionen infrage gestellt wird.



Über den Autor

Jason Bruder ist der ehemalige Berater für europäische Fragen des Auswärtigen Ausschusses im Senat (U.S. Senate Foreign Relations Committee) und war als Berufsdiplomat zuletzt unter Außenminister Kerry im Außenministerium tätig. Zudem lehrte er als Honorarprofessor für Außenpolitik an der Georgetown University.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
HiroshimasträÙe 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005

Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org
<http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.